

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und  
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfasskasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreigespaltene Zeitspalte oder deren Raum 30 A.  
für Veranlagungsanzeigen 10 A pro Zeile.

## Wähler! Wählerinnen!

Als am 9. November unsere Parteigenossen Ebert, Scheidemann und Landsberg die Regierung übernahmen, noch vor dem Eintritt der Unabhängigen, erließen sie eine Erklärung, in der sie die Einberufung einer nach allgemeinem Volkswahlrecht gewählten Nationalversammlung ankündigten.

Später wurde von der Regierung, entsprechend unserem Parteiprogramm, allen Männern und Frauen vom vollendeten 20. Jahre an das gleiche Wahlrecht verliehen. Die Befreiung der Frau aus politischer Rechtlosigkeit ist unser Werk, das Werk der sozialdemokratischen Partei.

Auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Räte herrschte ein heftiger Kampf um den Zeitpunkt der Wahlen. Die sozialdemokratische Mehrheit beschloß, daß er auf den frühestmöglichen Termin, den 19. Januar, festgelegt werde.

Dieser Tag naht nun heran.

Indem die sozialdemokratische Partei dem Volke zu seinem Rechte verhalf, so rasch wie möglich selbst über sein Geschick zu bestimmen, hat sie gezeigt, daß sie sein Urteil nicht scheut.

Die sozialdemokratische Partei hat die Politik, die zum Ausbruch des Krieges und dann zur Niederlage führte, aufs schärfste bekämpft. Aber weil sie die Niederlage mit allen Kräften zu verhindern bestrebt war, hat sie dem Lande niemals die Mittel verweigert, die es zu seiner Verteidigung brauchte. Unsere Kreditbewilligung war ein Bekenntnis der Liebe zum eigenen Volk, nicht des Gehorjams gegenüber den früheren Beherrschern Deutschlands.

Unser Ziel war die Abwehr feindlicher Uebermacht und der Abschluß eines Verständigungsfriedens. Die nationalistische Ueberhebung, der die bürgerlichen Parteien zum größten Teil verfallen waren, Blindheit und Hochmut unserer früheren Machthaber mißachteten unsern Rat und führten ins Verderben.

So kam die Revolution!

Die sozialdemokratische Partei war stets revolutionär in dem Sinne, daß sie die vollständige Umwälzung des Staates zur Demokratie, der Wirtschaft zum Sozialismus anstrebte. Jetzt vollzog sich die Revolution fast schmerzlos und ohne Opfer durch den Zusammenbruch der alten Macht. Deutschland wurde Republik, und Sozialisten beider Richtungen übernahmen die Regierung.

Innerhalb der Regierung haben die Sozialdemokraten stets dahin gewirkt, daß sich die weitere Entwicklung unblutig gestalte, daß Erschütterungen, die der geschwächte Leib des Volkes nicht ertragen kann, vermieden werden, und daß das letzte und höchste Recht der Staatsbürger, das Recht der persönlichen Freiheit, geachtet wird. Sie haben nach außen hin ihr ganzes Bestreben darauf gerichtet, die moralischen Kräfte der Welt, die Kräfte des Sozialismus in Bewegung zu setzen, um trotz der von den alten Machthobern verschuldeten Niederlage einen für das deutsche Volk erträglichen dauerhaften Weltfrieden zu erringen.

Dieses Bestreben wurde von einer terroristischen kleinen Minderheit durchkreuzt, die als ihr Programm verkündete, den ruhigen Aufbau der Republik und des Friedens zu stören, den Eintritt einer deutschen Volksvertretung gewaltfam zu hindern und Deutschland als Verbündeten Rußlands in einen neuen Krieg hineinzureißen.

Da sich die Unabhängigen zu einem energischen Vorgehen gegen dieses volksverderbliche Treiben nicht aufschwingen vermochten, kam es mit ihnen innerhalb der Regierung zum Bruch. Der vom allgemeinen Kongreß der Arbeiterräte gewählte Zentralrat ließ die Un-

abhängigen ziehen und ernannte eine Regierung, die ausschließlich aus Mitgliedern der alten sozialdemokratischen Partei besteht.

Die Nationalversammlung, die zu wählen eure Aufgabe ist, hat über den Fortbestand oder die Aenderung der jetzigen Regierung zu bestimmen. So liegt die Entscheidung über die künftige Regierung bei Euch!

Wir Sozialdemokraten fordern Euch, Wähler und Wählerinnen, auf, uns eure Stimmen zu geben, und darum sind wir auch verpflichtet, Euch zu sagen, was unsere Absichten sind:

Wir wollen dem deutschen Volk die freieste republikanische Verfassung geben, die irgend ein Volk der Welt besitzt. Das Volk Herr seiner eigenen Geschicke! Das ist unsere Lösung.

Wir wollen alles tun, um die Kräfte des Volkes neu zu beleben, um seine Rechte beim Friedensschluß zu wahren und um zu bewirken, daß ein gerechter Frieden zustande kommt, der die Welt vor neuen Kriegsgreueln bewahrt. Das deutsche Volk kann nicht vernichtet werden und läßt sich nicht vernichten!

Wir wollen dem Kapitalismus nicht gestatten, daß er die geistig und körperlich Schaffenden aufs neue ausbeutet und unterdrückt, wir wollen, daß das arbeitende Volk nach sozialistischen Grundsätzen den ungeheuersten Ertrag seiner Arbeit genießen soll. Wir wollen die höchstmögliche Steigerung der Produktion durch ihre zweckmäßige Organisation und durch Erneuerung der Schaffenskraft und des Arbeitswillens, ohne die kein Volk leben kann!

Wir wollen Aufbau und nicht Zerstörung, nicht Bürgerkrieg und neues Blutvergießen. Unser Ziel ist höchste Freiheit und vollkommene Ordnung.

Wir wollen keine Unterdrückung einer Rasse, eines Stammes, einer politischen oder religiösen Ueberzeugung. Auch die konfessionellen Gemeinschaften sollen jede Freiheit eines freien Staates genießen.

Wir wollen, daß alle Angehörigen unseres Volkes frei und gleich nebeneinander stehen und daß unser Volk frei und gleich neben den andern Völkern stehen soll.

Eine Riesenaufgabe, wie sie noch keiner Partei beschieden war, steht vor uns. Nur das Vertrauen in die Gerechtigkeit unserer Sache verleiht uns den Mut, Euch zuzurufen: Gebt uns die Macht, sie zu vollenden!

Die sozialdemokratische Partei bekämpft die bürgerlichen Parteien, die aus Deutschland eine Geldadrepublik machen wollen, ebenso wie die Partei der Unabhängigen, die im Kampfe zwischen Volksrecht und Terror keinen festen Standpunkt zu gewinnen vermochte und die für den notwendigen Schutz eigener Volksinteressen nach außen kein Verständnis bekennt hat.

Wähler und Wählerinnen!

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien, die unter veränderten Namen nur die Vertreter der alten Macht- und Ausbeutungsverhältnisse geblieben sind!

Keine Stimmenspaltung unter Arbeitern, Sozialisten!

Alle Stimmen der alten sozialdemokratischen Partei, die dem Volk vertraut und in weltgeschichtlicher Stunde auch von ihm Vertrauen erwartet!

In's neue Jahr, in die neue Zeit mit dem alten Kampftuf:

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, 1. Januar 1919.

Der Vorstand

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vorsitz: Brauns, Ebert, Ernst, Marie Juchacz, Mollenhuth, Herrn. Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Wels.

Wir hätten lieber einen gemeinsamen Aufruf aller sozialistischen Parteien zur Nationalversammlungswahl abgedruckt. Da das leider aber nicht möglich ist, aus Gründen, die sich ergeben aus vorstehendem Aufruf, möchten wir unsere Kameraden bitten, mit aller Energie im Sinne dieses Aufrufes zu wirken, um der Arbeiterklasse in der Nationalversammlung jene Position zu verschaffen, die ihr gebührt.

Die Redaktion des „Zimmerer“.

## Unsere statistischen Feststellungen vom 28. Dezember 1918.

503 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 28 548 nachgewiesen. Die Zahl der Zurückmeldungen vom Militär seit der letzten Feststellung (30. November 1918) beträgt 7168. Arbeitslos waren 2893 oder 8,38 pzt. und krank 592 oder 2,07 pzt. In den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten steht es wie folgt:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Seit der letzten Feststellung vom Militär zurückgemeldet	Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind	
	Zahlstellen	Mitglieder		arbeitslos	krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen .....	16	578	163	42	8
Westpreußen .....	9	946	144	59	10
Brandenburg .....	49	3371	1099	544	57
Pommern .....	30	850	234	87	16
Posen .....	8	284	68	16	8
Schlesien .....	39	1777	465	61	38
Sachsen .....	45	1851	271	52	23
Schleswig-Holstein .....	33	1481	429	73	33
Hannover .....	25	1208	230	21	22
Westfalen .....	18	576	115	14	10
Hessen-Nassau .....	9	941	211	124	15
Rheinland .....	10	1419	266	145	21
Preußen .....	286	15202	3695	1238	261
Bayern .....	45	2287	566	65	43
(Rheinpfalz) .....	—	—	—	—	—
Sachsen .....	44	4686	1069	485	107
Württemberg .....	5	139	69	13	11
Baden .....	4	474	123	12	7
Hessen .....	3	187	70	15	5
Mecklenburg-Schwerin .....	42	862	224	82	36
Sachsen-Weimar .....	8	325	134	7	8
Mecklenburg-Strelitz .....	8	138	30	6	6
Oldenburg .....	8	312	126	8	10
Braunschweig .....	8	321	88	1	10
Sachsen-Weimingen .....	7	151	58	18	8
Altenburg .....	8	231	56	9	5
Coburg-Gotha .....	6	235	78	8	10
Anhalt .....	7	280	73	6	5
Schwarzburg-Sonderhausen .....	2	45	15	4	3
Rudolstadt .....	2	39	16	—	1
Waldeck .....	—	—	—	—	—
Neuß a. L. (Greig) .....	1	24	17	1	—
„ j. L. (Gera) .....	1	116	51	2	3
Schaumburg-Lippe .....	2	28	12	—	—
Lippe-Deimold .....	1	6	3	—	1
Lübeck .....	1	248	79	12	5
Bremen .....	1	619	65	57	17
Hamburg .....	3	1558	452	324	85
Elb-Lothringen .....	—	—	—	—	—
Deutsches Reich .....	503	28458	7168	2893	592

Nicht oder zu spät berichtet haben folgende Zahlstellen. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (\*) kenntlich gemacht.

- Ostpreußen: \*Böhen, Mohrungen, Sensburg.
- Westpreußen: Graudenz.
- Brandenburg: Belgig, Dahme, Finsterwalde, \*Forst, Kalkberge, Mittenwalde, Neuruppin, Oranienburg, Senftenberg, Sorau, Spremberg, Schwiebus, Welsow.
- Pommern: Demmin, Gollnow, Greifenhagen, Kolberg, Neustettin, Pyritz, Rothemühl, Stolp.
- Posen: Hohenfelsa.
- Schlesien: Friedeberg a. Queis, Goldberg, Rattowitz, \*Kolszig, Langenöls, Löwenberg, Reichenbach, Seidenberg, Weißwasser.

Provinz Sachsen: Bad Sachsa, Calbe, Droyhig, Genthin, Halle, Liebenwerda, Merseburg, Nauwegetleben, Ortrand, Salzweil, Suhl, Weissenfels.

Schleswig-Holstein: Bramstedt, Oldesloe, Radeburg, Schleswig, Neieren, Wedel.

Hannover: Alfeld, Einbeck, Emden, Fallersleben, Göttingen, Hameln, Lehe-Geestemünde, Münden, Neuhaus an der Elbe, Peine, Soltan, Springe, Sulingen, Wilsen a. d. W.

Westfalen: Bad Drenhausen, Iserlohn, Rhaden.

Hessen-Nassau: Bad Orol, Fulda, Wiesbaden.

Rheinland: Bonn, Coblenz, Saarbrücken, Wesel.

Bayern: Mühldorf, Velben.

Rheinpfalz: Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Speyer.

Königreich Sachsen: Luc, Döbeln, Glauchau, Großsch. Pöggau, Königsbrück, Obermentersch, Delitzsch, Penig, Wurzen.

Württemberg: Gmünd, Heidenheim, Stuttgart, Tübingen, Ulm.

Baden: Freiburg, Konstanz, Pforzheim.

Hessen: Mainz, Seind, Worms.

Mecklenburg-Schwerin: Brüel, \*Rütz, Krakow, Malchin, \*Marlow, Neustadt, \*Blau, Wittenburg.

Sachsen-Weimar: Apolda, Jümenau.

Mecklenburg-Strelitz: Mirom.

Oldenburg: Jever.

Braunschweig: Bad Harzburg, \*Eschershausen.

Sachsen-Meiningen: Meiningen.

Anhalt: Ballenstedt, Gisteln.

Schwarzburg-Rudolstadt: Blankenburg i. Th., Meura, Meuselbach.

Schaumburg-Lippe: Steinbergen.

Hamburg: Bergedorf.

Elfaß-Lothringen: Metz, Straßburg.

Nach der Abrechnung vom dritten Quartal 1918 zählte unser Zentralverband in 615 Zahlstellen 19 843 Mitglieder. Die zwar durchaus unbefriedigende Beteiligung an den diesmaligen Feststellungen läßt sonach dennoch einen beachtlichen Mitgliederzuwachs erkennen, der in der Hauptsache auf Zurückmeldungen aus dem Heeresdienst entfällt, zum Teil aber auch aus neuen Aufnahmen erzielt ist. Da in den 128 in der Zusammenstellung nicht aufgeführten Zahlstellen die Mitgliederzahl in ähnlicher Weise angezogen haben dürfte, so ist der tatsächliche Mitgliederzuwachs größer, als er hier zum Ausdruck kommt. Die Arbeitslosigkeit ist nicht gering, aber bis jetzt doch nicht so umfangreich, als bei der raschen Demobilisierung angenommen werden mußte. Sie wird jedoch voraussichtlich in der nächsten Zeit noch eine Steigerung erfahren, wenn nicht baldigst für Beschäftigungsgelegenheit gesorgt wird. Die Krankenziffer ist normal, sie gibt zur Besorgung keinen Anlaß.

Die nächsten Feststellungen am 25. Januar müssen eine weit bessere Beteiligung aufweisen, worauf schon jetzt hinzuwirken ist. Die oben aufgeführten Zahlstellen müssen die Karte für den 28. Dezember 1918 sofort einsenden. Darn müssen aber auch die Angaben mit noch mehr Sorgfalt gemacht werden. Die mit den Feststellungen Beauftragten sollten die den Karten ausgedruckten Erläuterungen aufmerksam lesen und danach handeln.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. Verlängerung der Bezugsdauer für die Arbeitslosenunterstützung.

Der Verbandsausschuß und der Zentralvorstand haben in gemeinsamer Sitzung am 16. und 17. November Beschlüsse über den längeren Bezug der Arbeitslosenunterstützung gefaßt und im „Zimmerer“ Nr. 47 vom 23. November 1918 veröffentlicht. Wir bringen diesen Beschluß erneut den Mitgliedern und besonders den Vorständen der Zahlstellen zur Kenntnisnahme. Es ist beschlossen: „Die Bezugsdauer für die Arbeitslosenunterstützung für alle Verbandsmitglieder von 6 Wochen (36 Tage) auf 8 Wochen (48 Tage) zu verlängern. Die aus dem Heeresdienst zur Entlassung kommenden Mitglieder müssen sich innerhalb 4 Wochen in ihrer Zahlstelle anmelden; sie treten in ihre Rechte ein, die sie vor ihrem Eintritt zum Heeresdienst erworben hatten. Soweit sie bereits ausgeteuert waren, steht ihnen auf Grund obigen Beschlusses die Arbeitslosenunterstützung noch für 2 Wochen oder 12 Tage zu. Wer bis zu seinem Eintritt zum Heeresdienst 5 Wochen (30 Tage) Unterstützung bezogen hatte, hat noch auf 3 Wochen (18 Tage) Anrecht, bei 4 Wochen (24 Tage) Bezug auf weitere 4 Wochen (24 Tage), bei 3 Wochen (18 Tage) Bezug auf 5 Wochen (30 Tage) usw. Voraussetzung ist in jedem Falle, daß die Mitgliedsbeiträge ordnungsmäßig entrichtet sind.“

Durch diesen Beschluß ist allen Mitgliedern, ohne Ausnahme, soweit sie die Voraussetzungen erfüllt haben, ein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung aus Verbandsmitteln gesichert. Die Unterstützung hat mit dem siebten Tage der Arbeitslosigkeit einzusetzen; die ersten 6 Werkstage sind als Karenzzeit anzusehen. Von der statutarischen Verpflichtung, wonach vor dem Bezuge von Arbeitslosenunterstützung die Mitglieder erst 4 Wochen in der Zahlstelle angemeldet sein müssen, wird für die Zeit der Hebergangswirtschaft bis zur Generalversammlung im nächsten Frühjahr abgesehen.

Die Unterstützungsätze regeln sich nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts. Im übrigen bleiben alle Bestimmungen des Arbeitslosenunterstützungsreglements in Kraft. Vorstehende Beschlüsse sind von den Verbandsinstanzen sofort in Rücklicht auf unsere aus dem Kriege heimkehrenden Kameraden. Sie dürften dazu beitragen, die allerschlimmste Not von ihnen abzuwenden.

Die Verlängerung der Unterstützungsdauer bedeutet natürlich eine erhebliche Belastung der Verbandsfinanzen.

Die Verbandsinstanzen erwarten jedoch, daß der hierdurch entstehende Anfall durch eine allenthalben energisch ausgeübte Erhaltung unseres Zentralverbandes baldigst wieder gedeckt wird.

### Der Zentralvorstand.

### Unsere Lohnbewegungen.

**Aktiventage und Lohnumrechnung in Riesenburg in Westpreußen.** Nach einem uns von dort zugehenden Bericht stellen sich die baugewerblichen Unternehmer in Riesenburg zur Einführung des Aktiventages und zu einem entsprechenden Lohnausgleich durchaus ablehnend. Ersterer komme, wie sie erklären, für das Baugewerbe gar nicht in Frage, und über eine Lohnumrechnung habe der Arbeitgeberverband noch nicht bestimmt. Trifft das letztere zu, dann wird es Zeit, daß der Arbeitgeberverband an seine Mitglieder schnellstens die notwendigen Anweisungen ergehen läßt. Ausnahme findet in den Ermächtigungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften nicht gemacht worden, auch nicht für Riesenburg. Das wird dem Arbeitgeberverband Riesenburg vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf Anfrage sogleich gern bestätigt werden.

**Die Streiks in Berlin bei einer Anzahl Tiefbaufirmen.** Wovüber wir in der letzten Nummer des „Zimmerer“ kurz berichteten, sind nach fünfjähriger Dauer beigelegt. Am 27. Dezember fanden Verhandlungen mit den Gewerkschaften statt, die zu einer Einigung führten. Für unsere Kameraden wurde der Stundenlohn auf M 2,30 festgesetzt. Die Firmen verpflichteten sich auch, zwei Streiktage zu bezahlen. Die an den Streiks beteiligten Arbeiter haben der Vereinbarung zugestimmt. Am 3. Januar hat nun eine Versammlung der Tiefbauunternehmer dazu Stellung genommen mit dem Ergebnis, daß die Vereinbarung, soweit sie für Schlosser, Maschinenisten, Monteure, Schmiede, Maurer und Zimmerer Gültigkeit hat, abgelehnt wurde. Ein erneuter Ausbruch der Streiks ist wahrscheinlich.

**Die Lohnumrechnung im Gau Pommeren** begegnet starken Schwierigkeiten. In einem Teil der Zahlstellen ist sie in einwandfreier Weise erfolgt, hingegen in einem andern Teile nicht oder nicht in dem vorgesehenen Umfang. Von unserer Gauleitung in Pommern sind jetzt die zuständigen Bezirksorganisationen der Arbeitgeber ersucht worden, einzugreifen. Unsere Kameraden fordern eine schnelle Erledigung der Angelegenheit.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Berlin und Umgegend.** In einer am 30. Dezember abgehaltenen Konferenz der Zahlstellen-Funktionäre referierte Kamerad Witt über gewerbliche und organisatorische Angelegenheiten der Zeitzeit. Er führte aus: In einem wirtschaftspolitischen Artikel haben unlängst folgende sehr bemerkenswerte Sätze gestanden: Auf Deutschlands Boden, der 30 Millionen Menschen ernähren kann, sind 70 Millionen erwachsen. Unser Außenhandel ist erschüttert. Wir verlieren Elfaß mit seinem Erdöl und Kali, Lothringen mit seinen Erzen. Unsere Kolonien sind gefährdet. Es bleibt uns kein bedeutender Rohstoff außer Kohlen. Der Reichsverband droht zu zerreißen. Seit drei Jahren hungert das Volk, schwindet der Nachwuchs. Wir sind tief verelendet und haben kein Arbeitsmaterial. Heber uns schwebt die Gefahr einer gewaltigen Kriegsschädigung. Desgleichen habe der Staatssekretär des Demobilisationsamtes in einem Vortrag vor den Berliner Pressevertretern unter anderem ausgeführt: In der Industrie werden für die ersten 6 Monate nur 25 bis 30 Prozent der Arbeiter Beschäftigung finden. Ferner ist vor einigen Tagen eine Notiz durch die Presse gegangen, worin darauf hingewiesen wurde, daß die Lage in der Handelsindustrie geradezu trostlos ist und daß in den kaufmännischen Arbeitsnachweisen auf 1770 Bewerber nur 11 offene Stellen entfallen. Kein Wunder deshalb, daß die Arbeitslosenziffer von Tag zu Tag weiter anschwillt und daß zum Beispiel in Berlin zurzeit schon über 70 000 Beschäftigungslose vorhanden sind. Auch im Baugewerbe ist die augenblickliche Lage eine sehr schlechte. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich etwa 350 000 bis 400 000 neue Wohnungen gebaut. Bei Ausbruch des Krieges wurde die Bautätigkeit fast völlig stillgelegt. Später wurden Verordnungen erlassen, wonach Neu-, Erweiterung- und Umbauten nur mit Genehmigung der Kriegsamtsstellen in Angriff genommen werden durften. Zuwiderhandlungen wurden mit Gefängnis oder bei leichteren Vergehen mit Haft oder M 1500 bestraft. Im verfloffenen Sommer hat das Statistische Amt eine Erhebung über die Bautätigkeit veröffentlicht, die aufgenommen worden ist in 37 Städten mit über 50 000 Einwohnern. Nach dieser Erhebung wurden im Jahre 1912 8912 Wohngebäude mit 61 835 Wohnungen und im Jahre 1917 nur 428 Wohngebäude mit 1712 Wohnungen gebaut. Im Jahre 1917 ist also nur der 21. Teil der Wohngebäude und nur der 36. Teil der Wohnungen des Jahres 1912 gebaut. In Berlin und den Vororten hat während des Krieges gleichfalls fast gar keine Wohnhausbautätigkeit stattgefunden. Während im Jahre 1912 in Berlin noch 7741 neue Wohnungen gebaut wurden, belief sich die Zahl der neugebauten Wohnungen im Jahre 1916 nur auf 252. Verglichen mit dem Jahre 1912 sind also im Jahre 1916 7489 Wohnungen weniger gebaut worden. Auf Grund dessen treibt der großstädtische Wohnungsmangel die allerhöchsten Blüten. Enorme Mietsteigerungen sind häufig an der Tagesordnung. Diese Steigerungen geschehen ganz systematisch, und zwar auf Betreiben der Haus- und Grundbesitzervereine. Was sollen die Mieter demgegenüber tun? Ausziehen? Wohin? Eine freie Wohnung ist nicht zu bekommen. Wegen der hohen Kosten sind die Arbeiter auch gar nicht in der Lage, einen Umzug bewerkstelligen zu können. Ueberdies ist die Steigerung der Wohnungsmieten ja auch ganz allgemein. Es ist deshalb den Arbeitern zu empfehlen, bei weiteren Mietsteigerungen unverzüglich das Mietvereinsamt anzurufen. Die bereits genannten Zahlen über die Errichtung der Wohnungen im Jahre 1912 und 1916 zeigen aber auch, daß mit größter Befürchtung für die Belohnung der Bautätigkeit gefordert werden muß. Nach den Ermittlungen

der Stadt Berlin beträgt der Bedarf an Wohnungen für die zurückkehrenden Soldaten in Berlin 15 000, in Groß-Berlin 30 000. Dazu kommt der laufende Bedarf von jährlich 5000 Wohnungen in Berlin, 10 000 in Groß-Berlin. Nach der Berliner Wohnungsstatistik im Mai 1917 gab es in Berlin 24 500 leerstehende Wohnungen, darunter 28 000 Kleinwohnungen. In zusammen 45 Vororten standen 12 800, davon circa 8000 Kleinwohnungen leer. Nach dem Urteil der Wohnungspolitik hat sich die Zahl der leerstehenden Wohnungen seit 1917 ganz erheblich verringert. Im Juni 1918 wurde der Stand der leerstehenden Wohnungen in Berlin auf nur 14 000 in zusammen 45 Vororten auf knapp 5000 geschätzt. Jetzt wird von denselben Stellen erklärt, daß dieser Rest so gut wie aufgebraucht ist. Und was nun? Der Berliner Magistrat denkt an die bauliche Instandsetzung der Räume, die in normalen Zeiten nicht bewohnt werden durften, wie zum Beispiel der Keller- und Dachräume. Ferner denkt er an den Umbau der leerstehenden Geschäftsläden und Gewerberäume. Hieron standen im Juni 1918 in Berlin rund 19 000, in den Vororten rund 5000 leer. Weiter soll eine Anzahl städtischer Gebäude zu Wohnzwecken benutzt werden. Um die Hauswirte für die Instandsetzung dieser neuen Wohnräume zu interessieren, hat sich der Berliner Magistrat bereit erklärt, bestimmte Zuschüsse zu leisten. Alle diese Dinge sind natürlich nur Kurpfuschereien, wobei für die Abhilfe der Wohnungsnot und für die so dringende Arbeitsbeschäftigung der Berliner Bauarbeiter nicht allzubiel herauszuspringen dürfte. Bei den kürzlich stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Verband der Baugeschäfte und den Vertretern unserer Organisation über die Frage: Wie ist es möglich, für das Berliner Baugewerbe Arbeit zu beschaffen? wurde von unserer Seite u. a. der Standpunkt vertreten, daß die Privatbautätigkeit allein nicht genügt, um der Lage gerecht zu werden, und daß aus diesem Grunde die Gemeinden ersucht werden müßten, Wohnungsbauten in eigener Regie auszuführen. Demgegenüber ging die Meinung der Unternehmervertreter dahin, solche Wünsche aus Selbsterhaltungstrieb nicht unterstützen zu können. Dessenungeachtet muß es unsere Aufgabe sein, mit allem Nachdruck von den Gemeinden und der Reichsregierung zu verlangen, daß sie eingreifen und die Bautätigkeit zu fördern suchen. Erfreulicherweise ist die Reichsregierung auch dafür. Bei den Verhandlungen mit den Groß-Berliner Gemeinden Ende November 1918 haben der Reichs- und der Staatskommissar erklärt, daß sie bereit sind, für den Ausbau und Umbau von Wohnungen 6 bis 8 Millionen und für den Neubau von Wohnungen 50 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Diese Summen sind natürlich viel zu gering, um die Bautätigkeit in Groß-Berlin richtig in Fluß zu bringen. Die Hauptsache ist aber, daß mit der Bautätigkeit in größerem Umfang nun endlich begonnen und praktisch erst mal der Anfang gemacht wird. Denn die Arbeitslosigkeit im Berliner Baugewerbe nimmt einen geradezu bedrohlichen Charakter an. Allein die Zahl unserer arbeitslosen Verbandsmitglieder beträgt zurzeit schon über 500. Angesichts derartigen Verhältnisse ist es deshalb die höchste Zeit, daß die behördlichen Stellen endlich aus den Erwägungen herauskommen und sofort geeignete Maßnahmen in Anwendung bringen. Darüber hinaus ist es jedoch die unerlässliche Pflicht aller überzeugten Berufsgenossen und Sozialdemokraten, auf das Ziel hinzuarbeiten: Ueberführung des Grund und Bodens in den Besitz der Allgemeinheit und Wohnungsbau durch die Gemeinden. Das ist der einzige und wirkliche Schutz gegen fortgesetzte Mietssteigerungen und zugleich das beste Mittel, die Bautätigkeit unverzüglich in Bewegung zu bringen. Hierauf schloß der Referent die mit dem Verband der Baugeschäfte geschlossenen Verhandlungen über den Ausgleich der Löhne und die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Bei der Durchführung der neuen Lohnsätze waren eine große Anzahl Differenzen zu sichten, während die Verhandlungen über den Arbeitsnachweis noch nicht abgeschlossen sind. Sobald dies geschehen ist, werden wir in der Organisation dazu Stellung nehmen und die Frage zur Erledigung bringen. Gemäß den neuen Verhältnissen haben auch die Arbeiter und Arbeiterinnen bei den Tiefbaufirmen ihre Forderungen präzisiert. Da diese Firmen fast gar kein Entgegenkommen zeigten, traten die Arbeiter und Arbeiterinnen am 20. Dezember in den Streik ein. Hieran sind auch über 100 Mitglieder unserer Organisation beteiligt. Die Unterstützungsfrage hat der Vorstand auf Grund der vorliegenden Versammlungsbeschlüsse geregelt. Nach fünfjährigem Streik, wovon zwei Streiktage die Unternehmer bezahnten, wurde nach vorausgegangenem Verhandlung zwischen dem Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes und dem Bauarbeiterverband sowie unserer Organisation eine Vereinbarung geschlossen, wonach die Maurer und Zimmer bei Untergrundbahn- und Kanalbauten vom 20. Dezember 1918 ab einen besonderen Lohnzuschlag von 15 % pro Stunde erhalten. Die Löhne unserer Berufsgenossen in den Fabriken sollen in dem in Vorbereitung sich befindenden Kollektivvertrag der Berliner Metallindustrie mit geregelt werden, und zwar in der Weise, daß der Tariflohn im Zimmergewerbe volle Anerkennung findet und daß dort, wo bereits höhere Lohnsätze bestehen, diese nicht gekürzt werden dürfen. Sodann wies der Redner darauf hin, daß auf Grund einer Auseinandersetzung mit dem Vollzugsrat über die Wahlen zum politischen Arbeiterrat den Bauberufsorganisationen das Recht zugesprochen sei, je eine besondere Vertretung in den Arbeiterrat zu wählen. Von der Berufsgruppe der Zimmerer seien von der allgemeinen Versammlung am 12. Dezember die Verbandskameraden Hubau, Buche und Arndt bestimmt. Für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen kommen dagegen die Gewerkschaften und die Arbeiterspezifische beziehungsweise die Betriebsräte in Frage. Infolge der Eigenart unseres Gewerbes ist es aber notwendig, daß außerdem auf jeder Baustelle ein Deputierter bestimmt wird, der die Interessen der Organisation und der dort beschäftigten Kameraden vertritt. Die Funktionen dieser Deputierten haben unter anderem in folgendem zu bestehen: 1. Die neu ansetzenden Kameraden nach ihrer Organisationszugehörigkeit zu fragen, und sofern diese dem Verbands nicht angehören, ist es ihre Aufgabe, sie dem Verbands zuzuführen; 2. in regelmäßigen Zeitabständen mindestens aber alle 14 Tage, die Organisationsbücher zu

kontrollieren; 3. auf guten Besuch der Verbandssammlungen hinzuwirken; 4. für die Regelung der Streitigkeiten über die vereinbarten Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie für die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften einzutreten; 5. mit dem Vorstand der Organisation eine ständige Fühlung zu unterhalten. Auch über diese Angelegenheit haben wir mit dem Verband der Baugeschäfte verhandelt. Der Verband der Baugeschäfte hat im Gegensatz zu früher gegen die Ernennung und Wirksamkeit der Bau- oder Platzdeputierten nichts einzubringen. Im Gegenteil, er ist bereit, mit uns auf folgender gemeinsamer Grundlage zu arbeiten: 1. Die Bau- oder Platzdeputierten gelten als Vertreter der Arbeitnehmer und können Beschwerden über Nichtbeachtung der Tarifvertragsbestimmungen oder Arbeiterschutzbestimmungen beim Arbeitgeber oder dessen Vertreter vorbringen. 2. Maßregelungen der Bau- oder Platzdeputierten dürfen nicht stattfinden. Beschwerden der Bau- oder Platzdeputierten über vermeintliche Maßregelungen sind an den Verband der Zimmerer, Beschwerden der Arbeitgeber über den Bau- oder Platzdeputierten an den Verband der Baugeschäfte zu richten. 3. Dem Arbeitgeber muß mitgeteilt werden, wer zum Bau- oder Platzdeputierten bestimmt worden ist. Zu den inneren Einrichtungen der Organisation, bemerke der Referent, daß die Bezugsdauer für die Arbeitslosenunterstützung im Verband laut Beschluß des Zentralvorstandes und des Verbandsausschusses um zwei Wochen verlängert worden ist. Folglich kann jedes arbeitslose Mitglied, vorausgesetzt, daß er 60 Wochenbeiträge im Verband geleistet hat, anstatt für 36 Tage für 48 Tage Arbeitslosenunterstützung beziehen. Desgleichen ist von den Gemeinden für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin auf Grund des Erlasses der Regierung eine Erwerbslosenunterstützung eingeführt. Danach wird Erwerbslosenunterstützung gewährt allen arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alten Personen, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden und zur Verrichtung ihres notwendigen Lebensunterhaltes auf Arbeit angewiesen sind. Voraussetzung zur Unterstützung ist, daß der Antragsteller in Groß-Berlin seinen Wohnsitz hat. Die Unterstützung wird nach einer Erwerbslosigkeit von 6 Tagen gewährt; Kriegsteilnehmer haben diese Karenzzeit nicht zu erfüllen. Als Kriegsteilnehmer gilt nur, wer bei der Demobilisierung ordnungsgemäß entlassen ist. Die Höhe der Unterstützung beträgt für männliche Personen über 17 Jahre  $\mathcal{M}$  4, für die Ehefrau, für jedes Kind unter 14 Jahren sowie für sonst im Haushalt lebende erwerbsunfähige Personen wird ein Zuschlag von  $\mathcal{M}$  1 pro Arbeitstag gewährt. Für die Mitglieder der Gewerkschaften ist die Kontrolle der Arbeitslosen sowie die Auszahlung der Unterstützung den Gewerkschaften übertragen worden. Ueber die Mitgliederbewegung der Organisation erklärte Kamerad Witt, daß seit dem Tage der Revolution, also seit dem 9. November 1918, im ganzen 670 Kameraden vom Heeresdienst entlassen worden sind, während sich noch die Mitgliederbücher von 680 Kameraden im Verbandsbureau befinden. Weiter schlug er vor, in den nächsten Tagen in allen Bezirken Versammlungen zu arrangieren, um zu den hier vorgetragenen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Zugleich sei es notwendig, die Neuwahlen der Bezirksleitungen zu vollziehen sowie die Hauskassierung in allen Bezirken wieder auf eine geregelte Grundlage zu stellen. Im Anschluß hieran werden wir dann eine Zahlstellenversammlung einberufen, die unter anderem auch zur Neuwahl des Vorstandes Stellung nehmen soll. Als in allem — so schloß der Referent — haben die heutigen Zeitverhältnisse das politische und gewerkschaftliche Leben mächtig aufgerüttelt. Wir haben heute ein freies Koalitionsrecht, ein freies Versammlungsrecht, ein freies Wahlrecht und den achtstündigen Arbeitstag. Aus diesen politischen Freiheiten gilt es die nötigen gewerkschaftlichen Konsequenzen zu ziehen. Sorgen wir deshalb dafür, daß auch unsere Verbandsbewegung immer mehr an Macht und Ausdehnung gewinnt, und das wird stattfinden, wenn wir noch viel einmütiger und solidarischer zusammenstehen als bisher, und wenn wir alle einig sind. (Beifall.) Nach kurzer Diskussion wurde gegen wenige Stimmen der Beschluß gefaßt, die weitere Beratung dieser Angelegenheit in den Bezirken und der Zahlstellenversammlung bis nach der Wahlen zur Nationalversammlung, also bis nach dem 19. Januar, zu vertagen.

**Bernau.** Am 27. Dezember fand eine Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Erschienen waren 23 Kameraden. Auf der Tagesordnung stand: Lohnfrage, Umrechnung des Stundenlohnes von 9 auf 8 Stunden und Wahl des Vorstandes. Nachdem der Vorstand gewählt war, wurden neu aufgenommen 3 Kameraden. Kamerad Kühne stellte den Antrag, daß, wenn Mitglieder, die jetzt dem Verbandsangehörigen, auf ungeduldrige Art und Weise austreten, beim Wiedereintritt mit der Nachzahlung sämtlicher Beiträge sowie einer Zusatzstrafe von  $\mathcal{M}$  50 bestraft werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Antrag auf Zahlung eines Winterbeitrages von 20  $\mathcal{M}$  wöchentlich, wurde vom Kassierer Asside gestellt und angenommen. Als Versammlungstag wurde jeder Dienstag nach dem Ersten angelegt. Unter „Verschiedenes“ regte Kamerad Kühne an, daß es Pflicht eines jeden Kameraden wäre, sich politisch organisieren zu lassen. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Dielefeld.** Hier fand am 15. Dezember 1918 eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Neuregelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und Verbandsangelegenheiten. Der Vorsitzende gab den Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Er hob hervor, daß mit dem Bauarbeiterverband Vereinbarungen getroffen seien zwecks gemeinschaftlichen Vorgehens bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nach einer persönlichen Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes fühlte sich dieser veranlaßt, eine Sitzung einzuberufen. In dieser Sitzung kam nun folgende Einigung auf lokaler Grundlage zustande: Die Arbeitszeit beträgt zurzeit 6 Stunden. Der Stundenlohn wird mit rückwirkender Kraft vom 2. Dezember erhöht, und zwar: für Dielefeld auf  $\mathcal{M}$  1,40, Brakweide  $\mathcal{M}$  1,33, Eiter  $\mathcal{M}$  1,22, Schildebe  $\mathcal{M}$  1,30, Senne I  $\mathcal{M}$  1,28, Seepen  $\mathcal{M}$  1,27, Altenhagen  $\mathcal{M}$  1,23, Brafe  $\mathcal{M}$  1,21, Jollenbed  $\mathcal{M}$  1,20. Vom 1. Januar 1919 ab erhöht sich der Stundenlohn in sämtlichen Orten um weitere 10  $\mathcal{S}$ , welche

bereits Anfang September zwischen den Hauptvorständen des Arbeitgeberverbandes und der Arbeiterverbände des Baugewerbes vereinbart wurden. Alle anderen Arbeitsbedingungen bleiben bestehen, wie im Tarifvertrag von 1913 vorgegeben. Redner wünscht, daß von der Versammlung die Abmachungen die Zustimmung erteilt wird, was durch Abstimmung geschieht. Dann machte der Vorsitzende noch bekannt, daß es Pflicht der Kameraden sei, das Arbeiterblatt, „Die Volkswacht“, zu halten, da nur diese unsere Interessen vertritt, und die Kapitalistenblätter so schnell als möglich aus den Wohnungen zu entfernen. Dann wurde noch ein Kurkontrollur gewählt. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Breslau.** Öffentliche Versammlung am 20. Dezember. Kamerad Goldschmid eröffnete die Versammlung und erteilte Kameraden Gromig das Wort, der über „Die Zimmerer im neuen Deutschland“ sprach. In den letzten Wochen habe sich in Deutschland eine Umwälzung vollzogen, wie sie Deutschland noch nie erlebt habe. Weibel habe schon auf die Bedeutung des Krieges hingewiesen, daß der Krieg viele Menschenopfer kosten würde. Schuld am Kriege habe die alte deutsche Regierung. Die herrschende Macht waren die Junker. Alle anderen Parteien hatten nichts zu sagen, und die Arbeiter wurden schlecht behandelt. Die Junker wollten auch England und Amerika besiegen. Die allseitigen Zeitungen wollten, daß Scheidemann an die Wand gestellt werde. Soldaten seien behandelt worden, wie sie es nicht verdient hätten. Dadurch war der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten. Gut ist es, daß es so gekommen ist, sonst hätten wir weiter nichts zu bauen als Zuchtthürme. Wir Arbeiter brauchen nicht unzufrieden zu sein mit den jetzigen Verhältnissen. Gewerkschaftliche und sozialdemokratische Versammlungsredner haben dasselbe Recht wie andere Parteien. Das Wahlrecht haben alle männlichen und weiblichen Personen, die am 19. Januar 1919 20 Jahre alt sind. Die Frauen sind in der Mehrheit, und wenn wir nicht auf die Frauen einwirken, daß sie sozialdemokratisch wählen, kann es geschehen, daß wir nicht in der Mehrheit bleiben. Wir haben jetzt das freie Versammlungsrecht. § 153 ist aufgehoben, und es ist vorbei, daß die Arbeitgeber damit auf die Streikenden einwirken können. Der Arbeitsnachweis ist durch den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband zu regeln. Das Wichtigste ist, daß der deutsche Arbeiter den Achtstundentag errungen hat. Bei der Verstaatlichung der großen Betriebe in Deutschland haben die Arbeiter mitzuwirken. Die Trennung der Kirche vom Staate soll nach der Meinung der Konterpartien dazu führen, daß das Christentum vernichtet würde. Das ist aber nicht wahr. Viele Geistliche sind froh, daß der Zwang gebrochen ist. Wer seine religiösen Gebrauche verrichten will, muß sie allerdings selbst bezahlen. Die Teilung des Grundbesitzes solle in der Weise geschehen, daß, wenn ein Grundbesitzer 800 Morgen besitzt, er ein Drittel abgibt, damit der Kleinbauer mehr anbauen kann. Rittergutsbesitzer und Bauern sollen sich in Genossenschaften zusammenschließen, damit sie billige Maschinen kaufen können. Es gibt Gutsbesitzer, die weniger Steuern bezahlen als ihr Knecht. Wer jetzt nicht aufgeklärt ist, der kann nicht dafür. Es muß nur eine Gewerkschaft und eine Partei unter den Arbeitern geben. Kamerad Stope ist der Meinung, die Breslauer Zimmerer müßten alle der sozialdemokratischen Partei und dem Zimmererverband angehören. Kamerad Schmidt führte aus, daß es gut sei, daß der Militarismus in Trümmern gegangen ist. Wenn der Krieg noch länger gedauert hätte, so wären Frauen und Kinder zu Hause zugrunde gegangen. Nach seiner Meinung hätte der Krieg schon eher ein Ende haben müssen. Wenn es in Deutschland kein Königtum mehr gibt, so kann es den Arbeitern nur recht sein. Die Arbeiterklasse müsse nur sehen, daß sie bei der Wahl als Mehrheit hervorgeht. Wenn der Krieg so ein jammervolles Ende genommen habe, sei die alte Regierung schuld daran. Das deutsche Volk muß jetzt sehen, wie es aus der schlechtesten Lage wieder herauskommt. Wenn der Krieg anders ausgegangen wäre, so wären unsere Löhne noch mehr heruntergedrückt worden. Alle organisierten Arbeiter müßten nun eins sein. Kamerad Goldschmid verwies darauf, daß in Berlin Stellung dazu genommen worden ist, daß im Baugewerbe vom 30. November 1918 der Achtstundentag einzuführen ist. Die Umrechnung des Lohnes wurde in Breslau von den Unternehmern vom 30. November 1918 auf  $\mathcal{M}$  1,43 pro Stunde festgesetzt und vom 1. Januar 1919 auf  $\mathcal{M}$  1,54. Die Kameraden, die während der Zeit der Umrechnung die Arbeitsstelle wechseln, müssen sich den Lohn, den sie nachbekommen, selbst abholen. Die Poliere und Postengesellen müssen durch die Umrechnung denselben Stundenlohn bekommen wie die Gesellen. Der Stundenlohn darf nicht mehr „Kriegszulage“ heißen. Die Breslauer Arbeitgeber sind es nicht gewohnt, daß sie pro Stunde 20 bis 25  $\mathcal{S}$  zulegen müssen, sie wollen nur immer 1 oder 2  $\mathcal{S}$  zulegen, wie sie es früher gemacht haben. Dann wurde nachstehende Entschließung angenommen: „Die am 20. Dezember 1918 im Lokal Erner abgehaltene öffentliche Zimmererverversammlung stellt fest, daß die Arbeitgeber im Zimmererberuf eine irrige Auffassung in der Lohnzahlung vertreten. Sie beauftragen die Leitung des Zentralverbandes der Zimmerer, Schritte zu unternehmen, damit bis zum 31. Dezember  $\mathcal{M}$  1,43 und vom 1. Januar 1919 ab  $\mathcal{M}$  1,54 Stundenlohn gezahlt wird.“ Dann berichtete Kamerad Goldschmid über die staatliche Unterstützung, daß der ausfallende Lohn, wenn weniger als acht Stunden gearbeitet werden muß, vom Staate nachgezahlt wird. Wer Unfall- und Krankenunterstützung bezieht, erhält keine Unterstützung. Spargroschen und Wohnungszurichtung sollen nicht in Betracht gezogen werden. Unterstützt werden alle männlichen und weiblichen Personen über 14 Jahre. Die männlichen Personen über 21 Jahre erhalten an Unterstützung im Dezember 1918  $\mathcal{M}$  3,50, vom 1. Januar 1919 an  $\mathcal{M}$  4,80 pro Tag und für jedes Kind unter 14 Jahren  $\mathcal{M}$  1. Die Arbeitslosenunterstützung tritt am 16. Dezember 1918 in Kraft. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Düsseldorf.** Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung am 22. Dezember war gut besucht. Im ersten Punkt der Tagesordnung berichtete der Vorsitzende über die Ein-

gabe an den Zentralausschuß wegen anderweitiger Feststellung der Lohnhöhe für die hiesigen Zimmerer. Er wies einleitend auf den Beschluß der Vertrauensmänner-sitzung hin, das Lohnangebot von  $\mathcal{M}$  1,70 pro Stunde ab 1. Dezember anzunehmen. Der Vorsitzende betonte, daß die Lohnkommission sich das Recht vorbehalten habe, die Angelegenheit zur endgültigen Regelung dem Zentralausschuß zu unterbreiten. Eine entsprechende Eingabe sei bereits abgegeben. Weiter besprach der Vorsitzende die Folgen des getroffenen Abkommens. Die Kameraden, die sich in der Kriegszeit nicht gerührt hätten, seien im Vorteil; für diejenigen Kameraden aber, die ihren Lohn während des Krieges verbessert hätten, würden daraus Nachteile entstehen. Durch das Abkommen würden die Klassenlöhne einigermaßen beibehalten. In der Diskussion waren einige Redner der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn wir den Tarif nicht unterschrieben hätten. Es wurde auch die Ansicht vertreten, daß durch das Verhalten der Baugeschäfte die Klassenlöhne wieder entstehen würden insofern, als bei Betonarbeiten Einschläger eingestellt würden, wogegen die Zimmerergeschäfte gezwungen werden könnten, den Zimmererlohn zu zahlen. Der Vorsitzende bemerkte dazu noch, daß wir das Resultat der Eingabe an den Zentralausschuß abwarten müßten; außerdem verliere der Tarif mit dem 31. März dieses Jahres seine Gültigkeit. Bis dahin werde vielleicht auch die Konjunktur eine bessere sein, so daß sich auch eine bessere Position für uns ergebe. Im zweiten Punkt wurde die durch die Platzlisten festgestellte Lohnstatistik bekanntgegeben. Die Mitgliederzahl betrug einschließlich der zum Militär eingezogenen Kameraden am 15. Dezember 327; davon sind vom Militär zurück 114. 91 Kameraden werden noch erwartet. 23 Kameraden aus der Zahlstelle sind gefallen, 6 in Gefangenschaft und 2 werden vermißt. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit der Wahl eines Krankenbesuchers. Für diesen Posten erbot sich freiwillig der Kamerad Michel Ebert, der von der Versammlung bekräftigt wurde. Unter „Verschiedenes“ wurde die städtische Arbeitslosenunterstützung besprochen. Am 10. Dezember hat nämlich eine Kürzung der Unterstützung für ledige Arbeitslose stattgefunden, von  $\mathcal{M}$  6 auf  $\mathcal{M}$  5 täglich. Hiergegen wurde energisch protestiert und beschlossen, dem Stadtkollegium einen Antrag zu unterbreiten, die Kürzung wieder rückgängig zu machen sowie den ausgefallenen Betrag nach-zuzahlen. Zur Beschleunigung der Angelegenheit soll sie auch dem Gewerkschaftsrat unterbreitet werden. Zum Schluß machte der Kassierer der Zentralkrankenkasse die aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden darauf aufmerksam, daß sie sich innerhalb 14 Tagen anmelden müßten, da sie sonst erst wieder eine Karenzzeit von 13 Wochen durchzumachen hätten, um in die früheren Rechte zu gelangen.

**Gollnow.** Unsere Mitgliederversammlung am 26. Dezember nahm Stellung zur Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, jedoch entschied sich die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer dagegen. Hierauf wurde die Vorstandswahl vollzogen. Unter „Verschiedenes“ wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Lohn laut Tarif ab 1. Januar 1919  $\mathcal{M}$  1,32 betrage. Zur Aufnahme meldeberechtigter sieben Kameraden, so daß die Mitgliederzahl jetzt 27 zählt. Dem Kassierer wurde für seine Mithaltung eine Entschädigung bewilligt. Mit einer Aufforderung zu festem Zusammenhalt aller Kameraden schloß die Versammlung.

**Gumbinnen.** Hier tagte am 29. Dezember eine gut besuchte Mitgliederversammlung, die sich im ersten Punkt der Tagesordnung mit der Vorstandswahl beschäftigte. Alle Funktionen wurden ordnungsmäßig besetzt. Hierauf kamen Verbandsangelegenheiten zur Erledigung. Die Winterbeiträge sollen pünktlich bezahlt werden, auch sollen sich die Kameraden besser an den Versammlungen beteiligen. Außerdem ist darauf hinzuwirken, daß sich alle an Orte vorhandenen Zimmerer dem Verbandsangehörigen anschließen; es sind immer noch einige vorhanden, die sich dazu bisher nicht bereiteten konnten. Es wurde betont, daß wir alle einig zusammenstehen müßten, denn darin liege unsere Stärke. Das Lokal „Leopoldshilf“ wurde als Versammlungsort bestätigt. Die nächste Versammlung findet dortselbst am 16. Februar, nachmittags 2 Uhr, statt. Ein Hoch auf unseren Zentralverband schloß die Versammlung.

**Niel.** Am 22. Dezember fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Eingänge, Arbeitsnachweis, und Erwerbslosenfürsorge, Festsetzung der Arbeitszeit, Verhandlung mit den Arbeitgebern, Weihnachtsunterstützungen. Vom Vorsitzenden wurden die aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder begrüßt sowie Mitteilung vom Tode der Kameraden Schreiber und Tep gemacht. Die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erheben von den Sichen. Sodann wurde mitgeteilt, daß in letzter Zeit 169 Aufnahmen gemacht worden sind. Unsere Mitgliederzahl beträgt jetzt 702. Bis zum 9. Dezember waren alle Mitglieder in Arbeit. Seitdem ist die Zahl der Arbeitslosen auf 35 gestiegen. Die neue Regierung hat die Zahlungen für die Kriegswunden Wobbrool sistiert, und es ist zu erwarten, daß, wenn die nach Berlin entsandte Kommission diese Bauten nicht als Notstandsarbeiten frei bekommt, sich die Zahl der Arbeitslosen in nächster Zeit bedeutend vergrößern wird. Die Unternehmer haben schon verschiedentlich die Zahlung der Auslösung eingestellt. Die Firma Habermann & Co. hat sich dem Arbeitgeberschutzverband angeschlossen und zieht sich mit anderen Firmen auf die tarifmäßigen Lohnsätze zurück. Die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe ist neu entstanden; aber die Kohlenmetz hemmt auf ihre Tätigkeit. Ihre erste Aufgabe wäre es sonst, die Ziegeleien in Betrieb zu setzen. Ein Schreiben der Zentrale des Rotterdams ist eingegangen. Es wendet sich gegen unsere Agitation unter den Polieren. Diese sind nur Gesellen, die augenblicklich das Vertrauen ihres Meisters, aber auch die Ertragschaften der Organisation genießen. Daher müssen sie Verbandsmitglieder sein. Ferner wurde bekanntgegeben, daß für Brech die Umrechnung des Lohnes von  $\mathcal{M}$  1,14 auf  $\mathcal{M}$  1,25 stattgefunden hat. Sammellisten der Parteikasse für die Wahl zur Nationalversammlung wurden von den Vertrauensmännern in Empfang genommen und eindringlich zur Beachtung aufgefordert. Die Zahlstelle Friedrichs wird sich mit Niel zu verbinden. Dem Wunsch wurde zugestimmt. Die Vereinigung soll am 5. Januar 1919

in Friedrichsort erfolgen. Der städtische Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge mit ihren Bestimmungen für Arbeitslose wurden vom Vorsitzenden eingehend behandelt und von Scharfenberg, als dem gewählten Vertreter der Bauberufe im Nachweis, ergänzt. Zu bemerken ist, daß zurzeit 1613 Arbeitslose gemeldet sind. Die Festsetzung der Arbeitszeit geschah nach eingehender Diskussion. Eine Kartellisierung, die sich mit der Arbeitszeit der Großbetriebe beschäftigt hat, sprach sich vorläufig für eine getrennte Arbeitszeit aus. Unsere Platzdeputiertenversammlung erklärte sich noch für eine eineinhalbstündige Mittagspause, die letzte Mitgliederversammlung des Bauarbeiterverbandes für eine einstuündige Mittagspause. Letztere wurde auch in der heutigen Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen. Kamerad Marten berichtete über die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. Die Forderung hat weiter angehalten und drückt besonders die Arbeiterklasse schwer. Die Differenz zwischen dem Hamburger und dem Kieler Stundenlohn hat immer 10 % betragen, heute beträgt sie aber 30 %. Der Vorstand hat versucht, hier wieder einen Ausgleich herbeizuführen. Die Lebensmittel sind hier ebenso teuer wie in Hamburg, die Steuern noch ganz bedeutend höher. Um diesen Ausgleich zustande zu bringen, wurde der Vorstand beauftragt, weiter zu verhandeln; denn Kiel darf im Stundenlohn nicht mehr hinter dem anderen Großstädte zurückbleiben. Die Unterstützungsgesuche zum Weihnachtsfeste wurden dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Den vereinigten Unterstützungsvereinen in Kiel wurde auf ihre Bitte 50 aus der Lokalkasse überwiesen. Es wurde noch angedeutet, die Versammlung im Januar und im Februar Sonntag nachmittags abzuhalten.

**1. B.** In einer öffentlichen Zimmererversammlung am 22. Dezember sprach Kamerad Deutsch über die Lage der hiesigen Zimmerer und die Notwendigkeit der Organisation. Seine Ausführungen fielen auf fruchtbaren Boden, es wurden 23 neue Mitglieder aufgenommen, die vom Kameraden Deutsch im Namen des Verbandes herzlich willkommen geheißen wurden. Nachdem die Vorstandswahl erledigt war, wurde über die Notwendigkeit der Organisation auch der übrigen Arbeiter und Angehörigen anderer Berufe in Lissa gesprochen. Alle Kameraden wollten daran mitwirken. Weiter wurde beschlossen, demnächst mit den Arbeitgebern in Verhandlungen zu treten über eine der Forderung entsprechende Lohnregelung. Während der beitragsfreien Zeit soll ein Winterbeitrag von 50 % erhoben werden. Die Versammlungen finden vorläufig jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. des Monats, abends 6 1/2 Uhr, in Hernal's Restaurant, Neuer Ring, statt.

**Sächsis.** Versammlungsbericht. Am 29. Dezember fand nach langer Zeit unsere ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Vorstandswahl, Verschiedenes und Erheben der Beiträge. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, begrüßte der Vorsitzende im Namen der Zahlstelle die aus dem Felde heimgekehrten Kameraden. Die im Felde gefallenen Kameraden wurden in üblicher Weise geehrt. Dann wurde die Vorstandswahl vollzogen. Gewählt wurden die Kameraden G. Graßmann als erster Vorsitzender, R. Wittlupp als Stellvertreter, A. Seger als erster Kassierer, G. Bremer als Stellvertreter, A. Bremer als erster Schriftführer, A. Dehnte als Stellvertreter; G. Hasenbaur, B. Labowe, B. Rubbert als Revisoren. Dann wurde über Lohnzahlung und die Lohnverhältnisse gesprochen. Nach Erheben der Beiträge folgte Schluß der Versammlung.

**Oschersleben.** Am 29. Dezember fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die erste seit vier Jahren. Sie war von 16 Mitgliedern besucht. Damit die Zahlstellige wieder ihren ordnungsmäßigen Verlauf nehmen, wurde zunächst die Vorstandswahl vorgenommen. Dann wurde die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelegt und von der Versammlung anerkannt. Zum Schluß wurde aufgefodert, fortan die Versammlungen fleißig zu besuchen.

**Waldburg i. Schlef.** Unsere Mitgliederversammlung am 19. Dezember im Gasthof „Zum goldenen Stern“ war gut besucht. Schriftlich wurde war auch ein Teil aus dem Heeresdienst zurückgekehrter Kameraden anwesend. Nachdem vom Versammlungsleiter die Tagesordnung bekanntgegeben war, wurden die Erschienenen begrüßt und den aus dem Felde Heimgekehrten ein besonderes Willkommen zugerufen. Auch wurden die auf den Schlachtfeldern gebliebenen Kameraden in der üblichen Weise geehrt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Das neue Deutschland und der Zentralverband der Zimmerer“, erhielt Kamerad Schmidt das Wort. Er schilderte die Leiden, die die Arbeiterklasse unter der alten Gewaltherrschaft erdulden mußte. Um uns die Möglichkeit zur Entwicklung zu nehmen, wurden uns die soziale abgetrieben, Versammlungen polizeilich überwacht und sonst alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet. Aber trotz allen Zwangsmäßigkeiten konnte unser Lauf niemand aufhalten. Daß auch unter ehemaliger Kaiser gegen die gerechten Forderungen der Arbeiter war, beweisen viele seiner früheren Aussprüche, unter anderem der, wenn es im Vaterlande nicht wohlgefallt, soll den deutschen Stand von den Füßen schütteln. Auch wurden die verschiedenartigen Urteile der Gerichte kritisiert. Redner brachte auch noch zur Sprache, welche schweren Opfer von uns gebracht wurden zur Erlangung des gleichen Wahlrechtes. Durch den Sturz der alten Regierung sind nun für uns viele Verbesserungen und Erleichterungen eingetreten, was aber nicht hätte geschehen können, wenn wir unsere gewerkschaftlichen und politischen Organisationen nicht gehabt hätten. Jetzt gilt es für uns, das Bestehende zu erhalten und zu verbessern. Pflicht ist es für jeden einzelnen, daran mitzuarbeiten, und jeder uns noch fernstehende Kamerad muß dem Verbande zugeführt werden; auch muß die gegenwärtige Regierung von uns unterstützt werden. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zum zweiten Punkt: „Unser Achtundentag“, nahm ebenfalls Kamerad Schmidt zu einigen erläuternden Ausführungen das Wort. In der Diskussion wurde festgestellt, daß in allen Zimmererbetrieben der Achtundentag eingeführt ist und daß ein

Zohnausgleich stattgefunden hat. Im dritten Punkt, „Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes“, entwickelte sich eine lebhaft Aussprache. Es wurde hauptsächlich Klage darüber geäußert, daß viele Kameraden zu wenig Verbandsinteresse zeigen, insbesondere die während der Kriegszeit bei der Firma Petrik beschäftigten Kameraden. Die von uns errungenen Zulagen haben sie anstandslos in die Tasche gesteckt; aber mit dem Beitragsleisten haben sie es nicht so eilig und in Versammlungen kommt von dort schon kein Mensch. Hoffentlich treten aber auch dort recht bald wieder andere Zustände ein. Es wurde noch einstimmig beschlossen, während der beitragsfreien Zeit pro Woche 50 % Lokaltbeitrag zu leisten. Damit wieder geordnete Zustände in der Zahlstelle herrschen, wurde auf einen Antrag hin die Vorstandswahl vorgenommen. Nachdem noch einige Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Wernigerode.** Unsere Mitgliederversammlung am 29. Dezember wurde vom Kassierer eröffnet, der einleitend der gefallenen Kameraden gedachte. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Kamerad Gustav Rahe gewählt. Zum Punkt „Lohnfrage“ gab Kamerad Rahe bekannt, daß der Arbeiterschuß beim Arbeitgeberverband vorstellig geworden sei wegen der Lohnumrechnung. Dort sei ihm erklärt worden, daß, wenn der Arbeitgeberverband vom Bundesvorstand dahingehende Nachricht erhalte, der Rest von 12 % pro Stunde ab 30. November nachgezahlt werde. Hier ist nämlich der Grundlohn bei der Umrechnung in Anschlag gekommen, nicht der tatsächliche Lohn. Unter „Verschiedenes“ wurde zur Sprache gebracht, daß auf dem Plage Brecht mehrere Kameraden unter Tariflohn arbeiten; sie berufen sich darauf, daß sie nicht Zimmerarbeit verrichten, sondern Holz für die Sägmühle ausschneiden. Es wurde nach längerer Aussprache beschlossen, daß der Arbeiterschuß bei Brecht Beschwerde führen soll, damit die Angelegenheit geregelt werde. Die Versammlung war von 34 Kameraden besucht.

### Sterbetafel.

**Bielefeld.** Am 18. Dezember 1918 starb das Mitglied Fabiel Hannover. Am 24. Dezember starb plötzlich unser Mitglied Lubow Thies im 60. Lebensjahr am Herzschlag.

### Baugewerbliches.

**Der Arbeitsmarkt im Zimmererberufe.** Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 30. Dezember entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte:

a) Zimmerer Arbeit suchen: Ostpreußen: Königsberg 20. Westpreußen: Thorn 6. Pommern: Ralswiek 1. Posen: Posen 35, Jasin 1. Brandenburg: Berlin 624, Bistritz 62, Charlottenburg 8. Provinz Sachsen: Kröpla 2, Mühlhausen 3, Suhl 5. Königreich Sachsen: Sebnitz 3, Limbach 3, Delitzsch 2. Thüringen: Eisenberg 2, Gotha 9, Greiz 6, Jena 2, Reustadt 5, Rudolstadt 3, Weida 2. Hannover, Oldenburg: Winsen 1, Northeim 1, Bremerhaven 33, Delmenhorst 10, Bremen 62, Begefaß 3. Schleswig-Holstein: Hamburg 575. Hessen, Preußen: Paderborn 1, Hamm 1, Kassel 1, Korbach 1, Marburg 2, Rheinfelden 1, Siegen 1, Weiden 1. Ingesamt werden in 38 Orten 1673 Zimmerer Arbeit.

b) Offene Stellen für Zimmerer: Ostpreußen: Allenstein 32, Heidekrug 1, Johannisburg 38. Pommern: Stettin 18. Schlesien: Kattowitz 79. Provinz Sachsen: Bitterfeld 10, Genthin 3, Neuhalbensleben 10. Hannover, Oldenburg: Celle 15, Hameln 29, Hannover 2, Stolzenau 3, Helsen 15, Nürtingen 15. Preußen: Limburg 5. Westfalen: Siegen 40. Bayern: Weiden 4. Ingesamt werden in 17 Orten 319 Zimmerer gesucht.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

**Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1917.** Wie wir der statistischen Beilage des „Correspondenzblattes“ entnehmen, können die Gewerkschaften für das Jahr 1917 über eine steigende Aufwärtsbewegung berichten. Die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände haben den durch die Kriegereignisse verursachten Rückgang endgültig überwunden. Das zeigt von wachsendem Vertrauen zur gewerkschaftlichen Organisation, besonders bei dem weiblichen Teil der Arbeiterschaft, der an der Mitgliederzunahme der Gewerkschaften erheblichen Anteil hat. Das Jahr 1918 schloß mit einem Mitgliederbestand von 934 834, darunter 197 008 weibliche Personen. Am Jahreschluß 1917 wurden 1 264 714 Mitglieder gezählt, darunter 330 146 weibliche. Der Mitgliederzuwachs hat auch im Jahre 1918 angehalten. Nach den bereits für das erste Halbjahr vorliegenden Zahlen betrug die Mitgliederzahl Ende Juni dieses Jahres 1 369 799, bei 362 617 weiblichen Mitgliedern. Das ergibt gegenüber dem Tiefstand von Ende 1916 eine Zunahme von 434 965 oder 46,5 pSt. Würden die zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder hinzugerechnet, so ergäbe sich schon am Ende des ersten Halbjahres 1918, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder vor dem Kriege um mehrere Hunderttausend überschritten ist. Die Finanzen der Zentralverbände haben sich im Berichtsjahre gleichfalls erfreulich entwickelt. Die Einnahmen haben aus, die Ausgaben abgenommen. Einer Gesamteinnahme aller Gewerkschaften von M. 84 189 398 steht eine Gesamtausgabe von M. 28 511 831 gegenüber. Die Angaben über die Vermögensbestände sind unvollständig, da der Metallarbeiterverband die Veröffentlichung von Ausweisen über sein Vermögen ablehnt. Ohne den Metallarbeiterverband betrug das Gesamtvermögen der Gewerkschaften Ende 1917 M. 70 717 419, ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von M. 4 872 253. Die Ausgaben für Kranken-, Kreis-, Gesamterweiterungsunterstützung und Rechtsschutz sind gestiegen,

hingegen die für Invaliden-, Arbeitslosen-, Reise- sowie Umzugs-, Not- und Sterbeunterstützung sind zurückgegangen. Die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften steigerten ihre Mitgliederzahl von 57 706 auf 79 113, um 36,95 pSt. Ihre Einnahmen stiegen von M. 1 753 387 auf M. 2 139 227, während ihre Ausgaben von M. 1 672 232 auf M. 1 531 726 zurückgingen. Das Vermögen der Gewerkschaften stieg von M. 1 956 481 auf M. 2 391 393 einschließlich der Bestände der Kranken- und Begräbniskasse. Die christlichen Gewerkschaften können gleichfalls eine Mitgliederzunahme buchen. Ihr Mitgliederbestand erhöhte sich von 178 907 auf 233 187 oder um rund 40 pSt. Die Gesamteinnahmen betrugen M. 4 720 202 gegen M. 3 231 432 im Jahre vorher. Die Gesamtausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahre um M. 710 132, auf M. 3 611 375. Das Gesamtvermögen ist von M. 8 850 536 auf M. 9 902 526 angewachsen. Von den unabhängigen Organisationen liegen nur die Zahlen für 1915 vor; danach beträgt der Mitgliederbestand insgesamt 173 391.

Die Zentralverbände mit den kirchlichen Gewerkschaften umfassen zusammen 1 418 574 Mitglieder; 230 621 mehr als im Jahre vorher. Im Jahre 1913 verfügten diese drei Gruppen über einen Mitgliederbestand von 2 998 146. Einen Vergleich der Leistungen der genannten drei Gewerkschaftsrichtungen gestatten folgende Angaben: Für Reise- und Arbeitslosenunterstützung wurde pro Kopf der Mitglieder ausgegeben: In den Zentralverbänden 68 %, in den Gewerkschaften 63 %, in den christlichen Gewerkschaften 36 %. Für Kranken-, Invaliden- und Sterbeunterstützung wurde pro Kopf der Mitglieder ausgegeben: In den Zentralverbänden M. 6,26, in den Gewerkschaften M. 9,75 und in den christlichen Gewerkschaften M. 2,38. Die hohen Leistungen hierfür in den Gewerkschaften erklären sich daraus, daß diese die Kranken-, Invaliden- und Sterbeunterstützung lange Jahre als Selbstweck gepflegt und nennenswerte Einschränkungen darin auch während des Krieges nicht vorgenommen haben. Zu erwähnen ist hierbei noch, daß die Zentralverbände besonders für die Unterstützung der Kriegerfrauen sehr wirksam eingetreten sind; sie haben dafür im Berichtsjahre M. 2 656 712 oder M. 2,42 pro Kopf der Mitglieder ausgegeben.

Im ganzen verausgabten für Unterstützungen einschließlich Rechtsschutz die

	Mitglieder	insgesamt	pro Kopf
Zentralverbände	1 095 596	10 747 463	9,81
Gewerkschaften	79 113	121 163	1,53
Christlichen Gewerkschaften	243 865	1 098 008	4,47

während für Streiks, Aussperrungen und Gemafregelungen aufgewandt wurden von den

	insgesamt	pro Kopf
Zentralverbänden	343 003	0,31
Gewerkschaften	1 361	0,002
Christlichen Gewerkschaften	37 405	0,15

Man darf erwarten, daß die Zentralverbände auch nach dem Kriege ihre alte Heberlegenheit bewahren und daß ihnen die Massen der Arbeiterschaft zuströmen werden in der Gewißheit, daß bei diesen ihre wirtschaftlichen Interessen nach jeder Hinsicht aufs Beste gewahrt sind.

### Briefkasten der Redaktion.

**Bielefeld, N. W.** Die frühere Einsendung ist hier nicht eingetroffen, sondern nur die letztere; sie ist am 3. Januar eingegangen.

### Versammlungsanzeiger.

**Mittwoch, den 15. Januar:**

**Damm i. B.**: Nach Feierabend bei Witwe Braun, Feldstr. 81.

**Donnerstag, den 16. Januar:**

**Lissa i. P.**: Abends 6 1/2 Uhr in Hernal's Restaurant, Neuer Ring. — **Schneidemühl**: Abends 8 Uhr im Schreiberschen Lokal, Posener Straße.

**Freitag, den 17. Januar:**

**Cassel**: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstr. 17. — **Jena**: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — **Münster i. W.**: Abends 7 Uhr bei Aug. Brinkmann, Krummer Timpen 29/30.

**Sonntag, den 18. Januar:**

**Coswig**: Im Volkshaus.

**Montag, den 19. Januar:**

**Düsseldorf**: Nachm. 5 Uhr bei Joh. Meiler, Hasenstr. 9.

### Anzeigen.

#### Zahlstelle Crimmitschau.

Die Arbeitslosenmeldestelle befindet sich wieder bei Kamerad Zschenderlein, Marienstraße 9. Der Vorstand.

#### Achtung, Zimmerer!

#### Zahlstelle Elmshorn.

Sonntag, den 12. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr:

### Mitgliederversammlung

in der Herberge.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Volle Mitgliedsbücher sind mitzubringen. [M. 1,20] Der Vorstand.